



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Kaindl, R. F.: Gefährdung der Deutschen im Südslawenstaat und die
deutsch-südslawischen Beziehungen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

unzuverlässigen, treulosen, jäh aufbrausenden Nation zu halten war, daß vor allem auf Dankbarkeit für die Befreiung von Rußland und Heeresfolge gegen dieses bei ihr nicht zu rechnen war. Hier hat die an sich achtbare aber gänzlich unpolitische Art des Deutschen, der stets geneigt ist, die eigenen Pflicht- und Anstandsbegriffe auch bei anderen Völkern vorauszusetzen, uns einen bösen Streich gespielt, an dessen Nachwirkung wir jetzt schwer zu leiden haben. Wir hätten füglich wissen können, ja wissen müssen, daß das Herz der Polen für Frankreich und die Entente schlug, daß die innere Feindschaft gegen alles Deutsche bei den Polen weit größer war als der Haß gegen die Moskowiter. Statt diesem Volke zu vertrauen, hätten wir auf das Schlimmste von ihm gefaßt sein müssen, vor allem bei Ausgang des Krieges uns ihm gegenüber nicht wehrlos machen dürfen. Deutsche Ideologie hat hier eine ihrer schlimmsten Sünden begangen.

Im Kriege zeigen sich die einzelnen wie die ganzen Völker in Wahrheit als das was sie sind, zumal in einem Kriege wie dem, der jetzt hinter uns liegt, da er die gesamten Völker Europas in Mitleidenschaft zog. Daraus gilt es die Lehren zu ziehen. Leider sind diese von manchen bereits vergessen worden. Wir träumen allzufrüh bereits wieder von Völkerveröhnung trotz des handgreiflichsten Beweises des Gegenteils. Wir übersehen zugleich, daß auch dieser Krieg und was ihm folgte, dem alten Rante nur allzusehr recht gegeben hat, wenn er sagt: „Wollte sich doch nie ein Fürst, ein Staat einbilden, daß ihm etwas zugute kommen könne, was er sich nicht selbst verdankt, was er nicht mit eigenen Kräften erworben hat!“



Gefährdung der Deutschen im Südslawenstaat und die deutsch-südslawischen Beziehungen

Von Prof. Dr. R. f. Kaindl (Graz)



ast eine Million Deutsche, etwa der dreizehnte Teil der Bevölkerung, sind in Jugoslawien durch Verweigerung des Wahlrechtes entrechtet worden. Ohne ihr Zutun ist die Agrarreform beschlossen worden und rücksichtslos, ohne daß sie sich mit Erfolg wehren können, wird sie seit 1919 durchgeführt.

Schwäbischen Bauern, die hundertfünfzig bis dreihundert Joch besaßen und den Boden selbst bestellten, nahm man bedeutende Teile ihres Besitzes und verteilte ihn an Serben aus Bosnien, Dalmatien und Mazedonien, die sich nie in ihrem Leben mit Landwirtschaft befaßt hatten, und vor allem mit der durch die Schwaben eingeführten Bodenbewirtschaftung nicht vertraut sind. In den meisten

Fällen verpachten diese Leute die Grundstücke an enteignete schwäbische Grundbesitzer für hohe Pachtzinsen. Wer von den Beteiligten den Grund bebaut, macht es schleuderhaft und zahlt die ausbedungenen Abgaben nicht. Dabei kam es vor, daß viele dieser Serben die Beteiligung erswindelten. Eine Kundmachung des Agrarministers in Neusatz verkündete, daß solchen der Boden wieder abgenommen werden würde. An eine strafrechtliche Verfolgung dieser Schwindler scheint niemand zu denken. Dem Schwaben Reiter in Gajdobra wurde etwa die Hälfte seines Grundbesitzes (achtzig Joch) kurz vor der Ernte weggenommen. Man versprach ihm zwar die Fehsung zu ersetzen, das ist aber bisher, trotz aller Bemühungen, nicht geschehen. Reiter muß aber seit 1919 regelmäßig sämtliche Steuerlasten der enteigneten achtzig Joch Grundstücke tragen, die neuen „Bauern“ säen und ernten, oder stecken jährlich einen schönen Pachtzins ein, lachen sich ins Häußchen und lassen sich von Reiter, dem Eigentümer, gut bezahlen, wenn dieser auf sie angewiesen ist. So benötigte Reiter neben dem Sallasch-Haus, das man bisher noch nicht enteignete, einige Geviertmeter Boden für eine Strohrufe. Der betreffende Serbe läßt sich dafür jährlich fünfzig Kronen Pachtzins zahlen, hat aber bisher dem Eigentümer noch nicht einen Heller Zins für das ihm zugewiesene Feld gegeben. Um zu seinem Rechte zu gelangen, hat Reiter schon zweimalhunderttausend Kronen für vier Rechtsanwälte geopfert, alles ohne Erfolg!

Wie bei der Agrarreform, so werden die Deutschen auf Schritt und Tritt geschädigt. Unter dem Vorwande der Sequestrierung des Vermögens „feindlicher“ Staatsbürger sind in verschiedenen Orten Deutschen, die längst schon das Heimatrecht erworben haben und durchaus loyale Bürger sind, ihre Besitzungen genommen worden. Der deutschen Raiffeisengenossenschaft in Werschez (Banat), die durchaus ein gemeinnütziges, nicht auf Erwerb berechnetes Unternehmen ist, wurde ihr gesamtes Vermögen unter staatliche Verwaltung gestellt. Es beginnt also auch die Erdrosselung der deutschen wirtschaftlichen Vereinigungen. Dazu kommen andere Bedrückungen, wie die Entfernung von deutschen Firmenschildern, die Quälereien wegen des ausschließlichen Gebrauches der serbischen Ortsnamen in allen Drucken, Auflösung von Vereinen (besonders in Slowenien), Anfeindung in der serbischen Presse, Einwerfen der Fenster deutscher Häuser bei „patriotischen Anlässen“, die ungeheuere Korruption der serbischen Behörden, über die auch serbische Blätter klagen. In jeder Nummer der deutschen Zeitungen Südslawiens findet man neue Klagen. Nach Sambor wurden zu der dort stattfindenden serbischen Ausstellung die Schwaben massenhaft in Viehwagen geführt, um zum Aufputz zu dienen. Natürlich mußten sie ihre wertvolle Zeit und ihr Geld opfern. In einer Banater-Gemeinde wurde ein angesehener Deutscher eingesperrt, weil er dafür eintrat, daß in deutschen Gemeinden die Verordnungen in deutscher Sprache zu verlautbaren wären. Trotzdem bei keinem der vorgekommenen Attentate auch nur ein Deutscher beteiligt war, werden die Deutschen und Kommunisten in einen Topf geworfen und verdächtigt. Mißhandelten und beraubten Schwaben wird ihr Recht nicht zuteil. Überall hört man Klagen über verbrecherische Dorfpaschas und Beamte. Diesen Mißständen ist schwer beizukommen. Doch gelang es endlich einmal, daß ein Deutscher in der Batscha, dem von einem Ortsgewaltigen das Leben sauer gemacht wurde, durch kräftiges Auftreten es dahin brachte, daß der Dorfnotar abgesetzt wurde. Bezeichnend ist,

daß zunächst die höheren Instanzen auf eine Versöhnung zwischen der Privatpartei und dem pflichtvergessenen Beamten gedrungen hatten!

Aber all diese Mißstände pressen unseren Volksgenossen nicht so schwere Klagen ab, wie die Vergewaltigung ihres Schulwesens, die in den letzten Monaten geradezu katastrophal wurde.

Man begann mit der Verstaatlichung der Volksschule, das heißt man hat die von den Gemeinden errichteten und erhaltenen „Privatschulen“ diesen (ganz nach madjarischem Muster) entzogen und sie damit vollständig dem slawisierenden Einflusse unterstellt. Als Lockmittel dient die Versicherung, daß damit den Gemeinden Kosten erspart bleiben. Darauf ging die Belgrader Regierung weiter. Der Unterrichtsminister ordnete an, daß in der Elementarschule mit deutscher Unterrichtssprache vom nächsten Schuljahre angefangen, der Unterricht der Staatssprache bereits in der zweiten Klasse zu beginnen hat, ferner, daß in der dritten Klasse Geographie, in der vierten, fünften und sechsten Klasse Geographie und Geschichte in der serbischen Sprache unterrichtet werden muß. Dadurch wird der Erfolg des Unterrichtes im vorhinein völlig in Frage gestellt, denn es ist so wie der Schulstuhl der deutschen Gemeinde Franzfeld bei Pantjehowa in seiner Beschwerde über die Verordnung ausführt, eine große Belastung für das zarte Auffassungsvermögen des kleinen Schulkinde, wenn es schon in den untersten Klassen der Volksschule die Anfangsgründe einer fremden Sprache erlernen muß; dies führt zum handgreiflichen Nachteile des ganzen Unterrichtes, denn es ist ein Ding der Unmöglichkeit, dem schwäbischen Kinde, ohne Gefährdung seiner naturgemäßen, stufenweisen geistigen Entwicklung, im Alter von sieben bis acht Jahren neben der deutschen Schriftsprache, welche ihm ja auch neu ist, auch noch eine fremde Sprache, deren Schreibweise noch dazu mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist, mit Erfolg beizubringen. Der schließliche Erfolg ist, daß weder Deutsch noch Serbisch erlernt wird, gerade so, wie es in dem ähnlich eingerichteten madjarischen Schulwesen war. Dazu kommt aber, daß eine andere Verordnung des Unterrichtsministeriums bestimmt, daß jene Kinder, deren Eltern die serbische oder kroatische Sprache beherrschen, wenn auch in geringerem Maße, in die Staatsschulen mit serbischer Unterrichtssprache einzuschreiben sind, beziehungsweise in den Vorbereitungskurs, damit sie dort die Staatssprache erlernen. Da die meisten Schwaben etwas Slawisch verstehen, ist hier der Vergewaltigung Tür und Tor geöffnet.

Etwas entgegenkommender schien man noch vor wenigen Wochen im Mittelschulwesen sein zu wollen. Laut der Verordnung des Ministers für Volksaufklärung vom 2. Juni hatten die Direktionen der Mittel- und Handelschulen Anmeldungen für deutsche und madjarische Parallelklassen bis 10. Juli laufenden Jahres entgegenzunehmen, damit der Minister eine Übersicht bekomme, wo solche Klassen zu errichten sind. Für deutsche Parallelklassen konnten sich nur Deutsche vormerken lassen (keine Juden), wie auch in den madjarischen nur Madjaren aufgenommen werden konnten. Dadurch wäre den Schwaben die Möglichkeit geboten, daß an einer Reihe von Gymnasien, Realschulen, Lehrerbildungsanstalten usw. deutsche Parallelklassen errichtet werden. Die deutschen Blätter und Vereine setzten daher mit einer starken Verbearbeit ein, damit sich die nötige Anzahl von Schülern melde. Selbstverständlich sind solche Parallelklassen nicht das Ideal unserer Volks-

genossen, weil man leicht einseht, daß auch serbische, vielleicht der deutschen Sprache wenig mächtige Lehrer darin beschäftigt sein werden. Aber es kam viel ärger. Überall meldete sich bis zur bestimmten Frist (10. Juli) eine große Menge deutscher Schüler, so zum Beispiel in Gagfeld für die acht Parallelklassen vierhundertvierzig. Da ordnete am 14. Juli (also kaum sechs Wochen nach der eben erwähnten ministeriellen Verordnung über die geplante Aufstellung von Parallelklassen) das Belgrader Ministerium an, daß nicht nur keine neuen deutschen Parallelklassen aufgestellt werden dürfen, sondern auch an den bestehenden deutschen Mittelschulen mit Beginn des Schuljahres 1921 bis 1922 der erste Jahrgang die serbokroatische Unterrichtssprache annehmen müsse. Das ist der Anfang vom Ende der deutschen Mittelschulen und, da man ja auch mit der Zweisprachigkeit der Volksschulen schon begonnen hat, des deutschen Schulwesens überhaupt.

Zur Begründung dieser Maßnahmen zur Unterdrückung des deutschen Mittelschulwesens wird auf die inzwischen ergangene Verfassung verwiesen, die den Nationalitäten nur das Recht auf den Volksschulunterricht in der Muttersprache gewährleistet hat. Wie es mit diesem aussieht, ist schon oben besprochen worden.

Selbstverständlich kündigen die Deutschen ihren Widerstand gegen diese Vergewaltigung an. Anfangs August hat der Schwäbisch-deutsche Kulturbund in Belgrad eine Petition an die Nationalversammlung überreicht.

Und schon wird eine neue Hubschpost verbreitet. Nach bisher amtlich noch nicht bestätigten Nachrichten soll im Ministerrat der Beschluß gefaßt worden sein, das Besuchen ausländischer Hochschulen seitens der Hochschüler südslawischer Staatszugehörigkeit in einer demnächst zu erlassenden Verordnung des Unterrichtsministeriums zu regeln. In dieser Verordnung soll es heißen, daß mit dem nächsten Schuljahre nur diejenigen die Bewilligung zum Besuchen ausländischer Hochschulen erhalten werden, die auch bisher im Auslande studierten und solche, die sich Studien widmen, für welche sich an den inländischen Hochschulen noch keine Fakultäten befinden. Daß diese Verordnung nur gegen die Hochschüler der nationalen Minderheiten gerichtet ist, ist nach den bisherigen bösen Erfahrungen gar nicht zu verkennen. Hinzugefügt muß werden, daß die Belgrader Regierung schon vor einigen Monaten die Abhaltung von deutschen Hochschulkursen in Neufaz und anderen Orten, für die der Kulturbund deutsche Gelehrte zu gewinnen suchte, verboten hat.

Die serbischen Angriffe auf das deutsche Hochschulwesen werden um so gefährlicher, als man sich plötzlich in Straßburg daran erinnert hat, daß auch Elsässer und Lothringer nach dem Banat und der Batschka gewandert sind (vergleiche Raindl, Geschichte der Deutschen in den Karpathenländern, dritter Band) und man jetzt unter allerlei Versprechungen die schwäbische Jugend nach Straßburg zu locken sucht, „wo die Bevölkerung fast denselben Dialekt spricht wie die Banater Schwaben und wo man überdies die französische Sprache erlernen kann“. Der Rektor Abbe Dr. Müller verspricht den schwäbischen Studenten wärmste Unterstützung.

Schließlich sei noch bemerkt, daß der schon erwähnte Kulturbund tüchtig weiter arbeitet und alle Anstrengungen macht, um die Lage der Deutschen im

Südslawenstaate nach Möglichkeit zu sichern. Die Hauptversammlung dieses weitverzweigten Schutzvereines, die jüngst in Karlsdorf stattfand, gestaltete sich zu einer großen völkischen Kundgebung. Leider reicht die Arbeit dieses Schutzvereines nicht genügend nach Slowenien hinein. Hier sind die Verhältnisse besonders traurig. Aus Gottschee, der alten deutschen Siedlung, wandern infolgedessen stets viele Deutsche aus. Die maßlosen Angriffe auf die Deutschen in Slowenien haben bekanntlich einige großdeutsche Abgeordnete in Wien veranlaßt, die Regierung aufzufordern, durch Vergeltungsmaßnahmen und Anrufung des Völkerbundes diesen Übelständen zu steuern.

Es soll nicht verschwiegen werden, daß sich auch besonnere Stimmen im Südslawenstaate geltend machen. So wurde der Abordnung des Kulturbundes, die die oben erwähnte Denkschrift über das Schulwesen in Belgrad übergab, versichert, „daß die Bedeutung des deutschen Bevölkerungselementes für das Kulturleben in unserem Vaterlande von allen einsichtigen Kreisen vollauf gewürdigt werde. Man wisse recht gut, daß die Deutschen auf gar vielen Gebieten die Lehrmeister der Serben gewesen seien“. Der Generalsekretär Dr. Janjic versicherte der Abordnung, „er persönlich würde es als ein Glück ansehen, wenn auch Mazedonien gleich der Wojwodina und Syrmien deutsche Kolonisten hätte“. Die Neusager „Zedinstvo“ brachte am 31. Juli einen Aufsatz, in dem es heißt: „Wir versichern unsern Deutschen, daß es unter uns Leute gibt, die mit ihnen rechnen. Unsere Unterrichtspolitik in der Wojwodina ist noch nicht geregelt, und bei einer vernünftig gedachten Regelung derselben werden unsere Deutschen nicht vergessen werden.“ Die Belgrader „Tribuna“ nennt die Deutschen „sehr loyale Bürger, denen entgegenzukommen im Interesse des Staates wäre“. Der „Belgradski Dnebnik“ betont die hohen kulturellen und wirtschaftlichen Qualitäten der Deutschen, die für den Staat von unberechenbarer Wichtigkeit wären. Der „Balkan“ sagt in seiner Nummer vom 23. Juli wörtlich: „Unsere einheimischen Deutschen sind ein ehrenhaftes und ruhiges Volk, welches sich ganz seiner Arbeit hingibt. Als Element der Ordnung und Arbeit sind sie uns immer sympathisch und es kann sich unser Staat, so lange sie als solche auftreten, stets auf sie verlassen.“ Die Neusager „Zastava“ betont die Staatsstreue der Deutschen in Syrmien. Im Semliner Gemeinderat erklärte der Bürgermeister Dr. Vladimir Nicolic, sein Programm sei: „Friede unter der Bürgerschaft, die sich vor dem Kriege gut vertrug und es so auch in Zukunft halten solle. Das Interesse der Stadt verlangt es, daß wir mit unseren deutschen Brüdern im Frieden leben.“

Leider werden diese schönen Worte nicht in Taten umgesetzt, was um so auffallender ist, als man auch sonst wie schon seit längerer Zeit gute Beziehungen zu Deutschland anstrebt*). So hat vor kurzem die Zeitung „Drau“ in Esseg geschrieben:

„Der Friede mit Deutschland wird unser geschäftliches Leben wohlthätig beeinflussen. Wir werden endlich den so lange entbehrten Handel mit dem Deutschen Reich wieder aufnehmen und uns von den Verbindungen mit Italien loslösen. Was wir in Italien kauften, war Schund zu hohen Preisen. Die italienische Baluta hat sich an unserer Not gemästet, und unsere Regierung, der es haupt-

*) Vergleiche Grenzboten Nummer 2/3 1921.

sächlich um die Zölle, und nicht um die allgemeine Verbilligung der Preise zu tun war, hat den Handel mit Italien, diesem Erbfeinde Südslawiens, weidlich unterstützt. Wir brauchen die deutsche Konkurrenz, um den Italienern nicht vollständig ausgeliefert zu sein. In Belgrad wartet die gesamte serbische Kaufmannschaft auf die Neubelebung des serbisch-deutschen Handels. Keine Industrie der Welt vermag sich den Wünschen der Kundschaft so anzupassen wie die deutsche. Der englische Reisende bringt seine Muster zur Auswahl, aber er denkt nicht daran, rund getupfte Ware zu liefern, wenn seine Fabrik nur solche mit Würfeln erzeugt. Es wird eine Erlösung sein, wenn uns die Tore Deutschlands geöffnet werden, und da es sich für uns hauptsächlich darum handelt, endlich etwas von einem Abbau der Preise kennen zu lernen, so müssen wir selbst den von jeher eingewurzelten Bezug der tschecho-slowakischen Fabrikate beiseite lassen und dort kaufen, wo die Ware am billigsten ist. Die tschechische Valuta verteuert die Ware. Nationale Verwandtschaft hat im Handel nur so lange einen Wert, als die Preise der Waren da und dort gleich hoch oder niedrig sind. Deutschland erzeugt billiger.“

Erfreulicherweise sind diese Bestrebungen schon von einigen Erfolgen gekrönt. In München entstand die Gesellschaft mit beschränkter Haftung „Jugoslavia“, eine deutsch-südslawische Handelsgesellschaft zur Gründung von Industrieanlagen in Südslawien. Ebenso brachte der Sekretär des deutschen Wirtschaftsverbandes für den Balkan und Orient, Dr. Alex. Müller (Dresden), eine Papier- und Holzindustrie-Aktien-Gesellschaft mit dem Sitz in Agram zustande. In Frankfurt am Main wurde eine Deutsch-südslawische Gesellschaft begründet, die sich die Aufgabe gestellt hat, durch allerlei Vorträge und Veranstaltungen die geistige Brücke zwischen Deutschland und Südslawien herzustellen. In Graz besteht die Absicht, ein Balkaninstitut zu schaffen. Alle diese Bestrebungen sind unstreitig von höchster Bedeutung. Man wolle dabei aber auf reichsdeutscher Seite stets betonen: Wir sind zu freundschaftlichen Beziehungen im gegenseitigen Interesse stets bereit und werden unsern Nachbarn im Südosten, wo nur möglich ist, entgegenkommen. Wir setzen aber auch voraus, daß sie nicht nur zu den Deutschen im Reiche gute Beziehungen suchen, sondern auch durch Entgegenkommen gegenüber den unter ihnen wohnenden Deutschen unsere Beziehungen innig und dauerhaft gestalten wollen.

Nachtrag

Soeben (Anfang September) ist die erfreuliche Nachricht eingetroffen, daß es den Bemühungen des Deutschen Kulturbundes gelungen ist, das serbische Unterrichtsministerium zur Zurückziehung der Verordnung vom 14. Juli zu bewegen. Der ungeschmälernte Bestand der schon bestehenden deutschen Mittelschulen wurde zugesichert, die angeordnete Aufhebung des ersten Jahrgangs wurde zurückgezogen. Auch in der Frage der Lehrerbildung wurde mitgeteilt, daß an den Lehrerbildungsanstalten in Berschaz und Neusaz für den Unterricht der deutschen Lehramtszöglinge in deutscher Sprache und Literatur, ferner in Methodik des deutschen Sprachunterrichts gesorgt werden soll. Ob auch die in Aussicht gestellten neuen deutschen Parallelklassen errichtet werden, ist noch nicht bekannt.